# **Gemeinde Schulendorf**

# **Beschlussvorlage**

#### Bearbeiter/in:

Maike Wegner

#### Beratungsreihenfolge:

**Gremium**Gemeindevertretung Schulendorf

**Datum** 08.09.2011

#### Beratung:

Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Schulendorf

Gebiet: "Ortsteil Franzhagen - südlich in einer Länge von ca. 70 m entlang der

Straße Zum Hofgraben"

hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde vom 8. Juli bis 22. Juli 2011 durchgeführt.

Die Unterrichtung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, sowie der nach § 59 BNatSchG anerkannten Verbände gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB wurde mit Schreiben vom 23.06.2011 durchgeführt.

Die eingegangenen Stellungnahmen sowie die Abwägungsvorschläge sind Anlage der Sitzungsvorlage.

### **Beschlussempfehlung:**

- Die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, sowie der nach § 59 BNatSchG anerkannten Verbände gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:
  - Die in der Anlage 1 beigefügten Abwägungsvorschläge werden beschlossen.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 3, für das Gebiet: "Ortsteil Franzhagen
   südlich in einer Länge von ca. 70 m entlang der Straße Zum Hofgraben" und
  die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

- 3. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.
- 4. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB ist parallel durchzuführen.

## **Beratungsergebnis:**

anwesend	dafür	dagegen	Enthaltung	laut	laut Beschlussvorschlag		abweichende Beschluss	

Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch Abstimmung anwesend.